

DROHENDE KÜRZUNGEN IM BEHINDERTENBEREICH

Behinderte zurück in die Steinzeit?

Um Jahrzehnte werde man im Behindertenbereich zurückgeworfen, wenn geplante Einsparungen in Kraft treten, meinen Schülerinnen im Caritas-Ausbildungszentrum für Sozialberufe.

das, dass die „bis dato gute Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen wird“. Die Schülerinnen und Schüler verliehen ihren Sorgen in einer Protestaktion Gewicht, der sich unzählige Betroffene anschlossen. Mit Wirkung: Flecker zeigt sich gesprächsbereit.

„LEVO neu“ nennt sich die Einsparungswelle im Sozial- und Behindertenbereich, die nicht nur den Caritas-Eleven sauer aufstößt. Die Novelle enthalte schockierende Entwicklungen, meint man. Ein Auszug aus den geplanten Grauslichkeiten:

- Die Assistenzleistungen (Familienentlastung, Arbeits-, Freizeitassistenz usw.) werden massiv eingeschränkt!
 - Fachkräfte sollen gegen ungelernete Kräfte ausgetauscht werden!
 - Menschen ab 60 mit Behinderung können nicht adäquat betreut werden!
- Die Zahl der Betreuten in



Foto: www.bigshot.at

Von Sparmaßnahmen massiv betroffen: Behinderte Menschen

MEINUNG

Ohne soziale Kompetenz

Menschen mit Behinderungen, Sinnesbeeinträchtigungen oder psychosozialen Problemen werden durch die vorgelegte Leistungsverordnung 2 (Levo) massiv in ihrer freien Lebensgestaltung behindert. Sieben Millionen Euro sollen zu ihren Lasten gespart werden. Aus pädagogischen und pflegerischen Aspekten bedeutet das einen Rückschritt um 25 Jahre.

Nach Protesten hat Sozialreferent Kurt Flecker nun Verhandlungsbereitschaft signalisiert, im Landtag gibt es einen Entschließungsantrag und alle scheinen sich einig zu sein, dass es zu keinen Verschlechterungen kommen darf.

Wir von der KPÖ lassen uns von schönen Prognosen ohne konkrete Zusagen nicht beeinflussen. Wir werden die Verhandlungen genau beobachten und empfehlen zudem, die Trägervertreter, Betroffene und für den Vollzug der Levo zuständige Stellen in die Verhandlungen einzubeziehen.

Soziale Kompetenz und soziales Gewissen zeigen sich daran, dass man solche Probleme erst gar nicht entstehen lässt.

Marie Lasnik

- den Einrichtungen soll erhöht werden, während der Betreuungsschlüssel sinkt!
- Tageswerkstätten dürfen nichts mehr für den Markt produzieren und keine Dienstleistungen anbieten (zB.: Cafe faMOOS muss schließen)
- Die räumlichen Gegebenheiten Behinderte werden

eingeschränkt (2 Personen in 20 m²-Zimmern)

Die KPÖ meint, dass Wohnen und alltägliche Lebensführung leistbar sein müssen – abgesichert durch entsprechende Förderungen. Sie tritt außerdem für persönliche Assistenzleistungen als Alternativen zu stationären Angeboten auch im Wohnbereich ein.

Unfaire Schaltergebühren bei Energie Graz

Wer seine Stromrechnung am Schalter der Energie Graz bar bezahlt, muss eine Schaltergebühr von 1,50 Euro entrichten. Beteuerungen über Ausnahmen in sozialen Härtefällen bleiben Lippenbekenntnisse.

Viele Strom- und Fernwärmekunden zahlen ihre Rechnungen direkt am Schalter der Energie Graz GmbH & Co. KG ein. Seit April 2006 ist dafür jedoch eine sogenannte „Bearbeitungsgebühr“ von 1,50 Euro zu entrichten. Vor allem für Menschen mit Zahlungsschwierigkeiten stellt diese Vorgangsweise eine zusätzliche Belastung dar.

Die Energie Graz sagte zu, die Schaltergebühr in sozialen Härtefällen zu erlassen. Die tatsächliche Vorgangsweise ist allerdings eine ganz andere, wie Clemens Perteneder, Mitarbeiter der Caritas in Graz,

mitteilt. „Ich habe tagtäglich mit Menschen in prekären sozialen Verhältnissen zu tun, doch mir ist bis dato kein einziger Fall bekannt, in dem die Energie Graz auf die Einhebung der Schaltergebühr verzichtet hätte“, bedauert er.

Auch Mag. Leutschacher von der Energie Graz konnte sich an keinen einzigen Fall erinnern, wo auf die Schaltergebühr verzichtet wurde.

Bei geschätzten rund 35.000 Bareinzahlungen im Jahr beträgt das so verdiente Körpergeld für die Energie Graz sage und schreibe 52.500 Euro jährlich!

BERUFSREIFE-PRÜFUNG – KEIN SELBSTBEHALT!

Konnten sich Lehrlinge und Lehrabsolventen bisher die Kosten für die Berufsreifeprüfung in Form des sog. „Bildungsschecks“ bei der Steiermärkischen Landesregierung in voller Höhe zurückholen, so soll dies ab Jänner 2008 nur mehr zur Hälfte möglich sein. Als „bildungspolitischen Schritt in die falsche Richtung“ bezeichnet KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch diese Entscheidung der Landesregierung. Menschen, die ihre Freizeit für die Weiterbildung opfern, werden jetzt noch dafür bestraft, kritisierte er. Der Grazer Gemeinderat beschloss einstimmig seinen Antrag, dass das Land Steiermark auf die Einhebung des Selbstbehalts verzichten möge.